

Gastkolumne

Ein sicheres Rezept für Wirrwarr in der Aussenpolitik

Bundesrat, Bundespräsident, Parlamentarier – in der Schweizer Aussenpolitik hält sich derzeit niemand mehr an seine Rolle



Paul Widmer

In der Schweizer Aussenpolitik macht dieser Tage jeder am liebsten das, wofür er gerade nicht aussersehen ist. Es gibt Bundesräte, die reden, als ob sie Nationalräte wären, und Parlamentarier, die reden, als ob sie Bundesrat wären. Und der Bundespräsident tut so, als ob er über eine Richtlinienkompetenz verfügte.

Fangen wir mit dem Bundesrat an. Er ist laut Verfassung die oberste leitende und vollziehende Behörde. Ihm obliegt es, die auswärtigen Angelegenheiten zu besorgen. Wenn er spricht, dann spricht die Schweiz. Eine fremde Regierung sollte darauf zählen können, dass das Wort eines Bundesrates gilt.

Bundesrat Ignazio Cassis ist jüngst in die Kritik geraten, zuerst weil er Fragezeichen hinter das Uno-Hilfswerk für die palästinensischen Flüchtlinge im Nahen Osten setzte, dann weil er den Nutzen der rigiden Position der Schweiz in den Verhandlungen mit der EU über die flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr bezweifelte. Was Cassis tat, war im Prinzip richtig, Solche Fragen hätte man schon längst stellen sollen. Aber wie er es tat, war nicht richtig. Cassis ist kein Parlamentarier mehr. Als Mitglied einer Kollegialbehörde darf er seine Zweifel nicht coram publico vorbringen. Er muss sie zuerst innerhalb des Bundesrates

erörtern und erst hernach an die Öffentlichkeit treten.

Wie ein Parlamentarier auf Stimmenfang hat Cassis auch die erste Gay Pride in Lugano begrüsst. Seine grundsätzlichen Überlegungen zu den Menschenrechten waren angebracht, anderes dagegen weniger. So versprach er, die Schweiz werde die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Weissrussland unter anderem von der Behandlung der Homosexuellen abhängig machen. Mit Verlaub: Die Schweiz sollte die Verteidigung ihrer nationalen Interessen nicht mit Versprechen aus gegebenem Anlass verknüpfen. Entweder nützt die Eröffnung einer Botschaft etwas. Dann tut man es. Oder sie bringt nichts. Dann lässt man es sein. Man schliesst ja auch nicht die Botschaften in jenen 70 Staaten, in denen Schwule immer noch verfolgt werden.

Zum Bundespräsidenten: Dass Berset über Cassis' Vorpellen nicht erbaut war, kann man verstehen, auch dass er die Haltung des Bundesrates richtigstellen wollte. Aber wie er es tat, hinterlässt einen schalen Beigeschmack. Als Calmy-Rey seinerzeit eine missliebige Erklärung zum Palästina-Konflikt abgab, traf sich der Bundesrat zu einer Sondersitzung und erklärte nachher, was ist. Das war richtig. Berset hingegen lässt über den Bundesratssprecher ausrichten, er habe Cassis zitiert – als ob er unbotmässige Kollegen in den Senkel stellen könnte. Diese Kompetenz aber hat nicht er. Sie steht nur dem Gesamtbundesrat zu.

Nun zur Bundesversammlung. Das Parlament hat in der Aussenpolitik ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Es legt die Ausrichtung fest und beaufsichtigt den Bundesrat. Aber es besorgt nicht die Ausführung. Das ist Sache des Bundesrats. Doch immer wieder



Es gibt Bundesräte, die reden, als ob sie Nationalräte wären, und Parlamentarier, die reden, als ob sie Bundesrat wären.

versuchen Parlamentarier, über den Hag zu fressen. So gab der Nationalrat vor einem Monat eine Erklärung zu Syrien ab. Eine nutzlose Geste. Sie bewirkte etwa gleich viel wie eine Erklärung des Quartiervereins von Bümpliz. Aber sie schmeichelte wohl dem Selbstwertgefühl einiger Abgeordneter – und erschwerte der Exekutive eine glaubwürdige Neutralitätspolitik.

Eine Peinlichkeit sondergleichen leistete sich der Nationalrat sodann, als er den Präsidenten der rumänischen Abgeordnetenkammer zu einem offiziellen Besuch empfing. Unsere Volksvertreter beklatschten einen mafiosen Postkommunisten, während in Bukarest Zehntausende gegen dessen kriminelle Machenschaften auf die Strassen gingen. Solche unwürdigen Szenen liessen sich leicht vermeiden, wenn die Präsidenten der beiden Räte weniger reisten. Dann müssten sie auch keine Gegeneinladungen aussprechen. Verlieren würden wir deswegen nichts. Denn unsere Parlamentarier können ohnehin nicht für die Schweiz sprechen. Das ist dem Bundesrat vorbehalten.

Schliesslich setzt sich das Verwirrspiel auch auf untergeordneter Ebene fort. Seit fünf Jahren schmückt sich der Leiter des Dienstes für internationale Beziehungen im Parlament mit dem Titel Botschafter. Aber mit einem Botschafter gemäss diplomatischem Recht hat diese Exzellenz rein nichts zu tun. Es heisst, der Bundesrat habe sich anfänglich gegen die Titelverleihung gestäubt, aber schliesslich dem Druck des Parlaments nachgegeben. Na ja, in solch byzantinischem Geplänkel verfängt sich, wer die Gewaltenteilung verdedelt.

Paul Widmer ist alt Botschafter und lehrt an der Universität St. Gallen.

Medienkritik

Süßes Geld gegen saure Vorschriften



Ronnie Grob

Medienministerin Doris Leuthard hat diese Woche einen Gesetzesentwurf vorgestellt, der die bisherige Radio- und TV-Gesetzgebung ablösen soll: das Bundesgesetz über elektronische Medien. Es gilt für schweizerische Fernsehsender, SRG-Medien und alle Medien, die eine Leistungsvereinbarung eingehen.

Tritt es so in Kraft, wird es die Schweizer Medien in zwei Klassen teilen. Hier die Medien, die den 126 Artikeln des Gesetzes Folge leisten müssen: zum Beispiel 3+, SRF oder Radio Südostschweiz. Da jene Medien, die keine TV-Sender sind und mutmasslich keine Fördergelder annehmen werden, etwa Radio Energy, Republik.ch oder die WoZ.

Interessant wird sein, welche Verlage, Medien, Journalisten sich angesichts rasch schwindender Einnahmen in den kommenden Jahren in die Unfreiheit des neuen Gesetzes begeben werden. Klar ist: Wer süsse Fördergelder empfangen will, muss das mit der sauren Unterwerfung unter Vorschriften bezahlen. Jene Medien hingegen, die sich in erster Linie ihren Abonnenten verpflichtet fühlen, eine politische Meinung vertreten oder einfach nur Geld verdienen wollen, sind und bleiben frei; abhängig lediglich von den Einnahmen ihrer Abonnenten, Werbekunden und Unterstützer.

Aber wer verteilt die Förderungen und wacht über die Vorschriften? Neben dem Bundesrat soll hier eine neugeschaffene Kommission für elektronische Medien, Kürzel: Komem, eine dominante Rolle einnehmen – beiden räumt der Gesetzesentwurf sehr viele Kompetenzen und Rechte ein. Zwar wird dieser fünf- bis siebenköpfigen Kommission in einem eigenen Gesetzartikel Unabhängigkeit bescheinigt, doch da der Bundesrat alle ihre Mitglieder wählt und auch das Präsidium bestimmt, wird die Auswahl dieser Personen – so wie beim Supreme Court in den USA – zum grossen Politikum.

Ronnie Grob ist Redaktor beim «Schweizer Monat». (ronniegrob@gmail.com)

49 Prozent

Es tut mir leid, ich kann das Geschrei nicht hören



Patrick Imhasly

Auch in unserer Familie kommt es immer wieder einmal vor, dass der Hausseggen schief hängt – zum Beispiel, wenn der grössere der beiden Söhne dem kleineren das Sackgeld versteckt, das dieser auf dem Küchentisch liegengelassen hat. Solche Situationen eskalieren meistens schnell und heftig. Meine Frau greift dann ein und versucht zu schlichten, während ich im gleichen Raum die Zeitung lesen kann und vom ganzen Theater kaum etwas mitbekomme. In den Augen meiner Frau macht meine mentale Abwesenheit alles nur noch schlimmer – was dazu führt, dass die Lage vollends aus dem Ruder gerät.

Ich weiss von vielen Männern, denen es ähnlich ergeht wie mir. Allein, ich möchte

dafür plädieren, dass Männer für ein solches Verhalten nicht vorschnell verurteilt werden. Im Gegenteil: Sich auch unter hektischen Umständen abschotten und auf etwas konzentrieren zu können, ist doch eine bemerkenswerte Eigenschaft, für die wir Männer Respekt verdienen. Was zudem vermutlich nur die wenigsten Frauen wissen: Männer um die 50, wie ich, hören von Natur aus immer schlechter – und zwar ausgerechnet in jenem Frequenzbereich, in dem sich das Kreischen von Kindern und die Stimme von Frauen bewegt, wenn diese unter Anspannung zu einer dünnen Kopfstimme wird.

Um zu verstehen, welche Bedeutung das Hörvermögen von Männern für das soziale Gefüge in einer Familie hat, braucht es ein paar Erklärungen. Das menschliche Gehör ist ein wunderbares Organ. Junge Menschen vermögen damit Schallquellen im Frequenzbereich zwischen 20 und 20 000 Hertz wahrzunehmen. Am empfindlichsten ist unser Gehör für Frequenzen zwischen 500 und 5000 Hertz, genau in dieser Spanne bewegt sich die Tonhöhe der meisten menschlichen Gespräche. Musikalisch gesprochen beträgt der Stimmumfang des

Menschen ungefähr zwei Oktaven, wobei die Stimme von Frauen um eine Oktave höher liegt als jene der Männer.

Weil nun aber der Mensch völlig damit überfordert wäre, jeden einzelnen Ton, der an sein Ohr dringt, wahrzunehmen und zu analysieren, verfügt er über eine äusserst praktische Eigenschaft, die Akustiker «auditive Diskrimination» nennen. Dabei handelt es sich um die Fähigkeit, alle jene Töne auszublenzen, die man als nicht wichtig einstuft, und sich stattdessen auf das zu konzentrieren, das man wirklich zu hören wünscht. Genau diese Qualität scheint bei Männern auf wundersame Weise besonders ausgeprägt zu sein.

Gesellschaftlich viel zu wenig berücksichtigt wird auch der Umstand, dass sich bei Männern das Hörvermögen im Alter früher und stärker zurückbildet als bei Frauen. Zwar setzt bei beiden Geschlechtern die Alterung des Gehörorgans schon ab dem Alter von 30 Jahren ein. Aber ab etwa 50 Jahren hören die Männer hohe Töne mit einer Frequenz von 4000 bis 6000 Hertz deutlich schlechter als Frauen. Warum das so ist, dafür hat die Wissenschaft bisher keine vernünftige Erklärung



Ich vermute, es handelt sich um eine Art zusätzlichen Lärmschutz für das Leben in einer Familie.

gefunden. Ich vermute, es handelt sich um eine Art zusätzlichen Lärmschutz für das Leben in einer Familie, den die Natur freundlicherweise speziell für die Männer eingerichtet hat.

Allerdings geben sich die Frauen im Ringen um Aufmerksamkeit keineswegs so einfach geschlagen. Untersuchungen haben gezeigt, dass Frauenstimmen in den letzten beiden Jahrzehnten immer tiefer geworden sind. Die Stimme einer gesunden Frau liegt heutzutage im Durchschnitt nicht mehr eine Oktave höher als jene eines Mannes, sondern bloss noch eine Quinte. Eine tiefe Stimme vermittelt Durchsetzungskraft, Kompetenz und Verlässlichkeit. Soziologen und Genderforscherinnen nehmen deshalb an, die Frauen hätten sich im Sinne eines Emanzipationsprozesses unbewusst eine tiefere Stimme angeeignet, um sich in einer von Männern dominierten Welt besser behaupten zu können.

Ein Ende des akustischen Wetttrübens ist nicht abzusehen.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».